

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Herrn Fischer/Herrn Hülsmann/Herrn Liedtke

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

28.02.2002

Haupt- und Finanzausschuss

06.03.2002

Betreff:

Hilfe zur Arbeit (Kommunale Beschäftigungsförderung)

Bezugsvorlage Nr. 1413/01

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen des Konzeptes Hilfe zur Arbeit

- A) 20 Plätze (Laufzeit 3 Monate, dann alternierend) / 80 Plätze pro Jahr für gemeinnützige und zusätzliche Arbeit nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Kooperation mit der Neuen Arbeit Siegerland gGmbH zu schaffen. Der damit verbundene sozialhilferechtliche Mehrbedarf wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährt. Die Kosten außerhalb der Bestimmungen nach dem BSHG betragen 250,00 € pro Sozialhilfebeziehenden pro Monat = 60.000,00 € p. a. (Modul 1);
- B) 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon
- 10 Plätze Neue Arbeit Siegerland gGmbH
 - 5 Plätze Siegener Recycling Werkstätten gem. GmbH
 - 3 Plätze TÜV Akademie Rheinland GmbH
 - 2 Plätze Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein/Olpe

zu schaffen.

Die maximale Laufzeit der Arbeitsverträge wird auf 18 Monate begrenzt. Die ersparten Sozialhilfearaufwendungen werden zur Mitfinanzierung der Arbeitsverträge durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt. Die städtischen Kosten betragen pro Arbeitsvertrag / Monat 800,00 € / max. 14.400,00 € pro Arbeitsvertrag = 192.000,00 € p. a. (Modul 2).

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangslage für diese Vorlage sind die Verw.-Vorlage Nr. 1413/01 v. 4.9.2001; AfSFS 26.9.2001, die Verw.-Vorlage 1413/01 A/ 22.11.2001 einschl. Anlagen; AfSFS 4.12.2001, Verw.-Vorlage Nr. 1744/02, AfSFS 28.2.2002 sowie die entsprechenden politischen Beratungen.

Darüber hinaus sind Ausgangslage die Ergebnisse der Abstimmungs- und Vorbereitungsgespräche mit den möglichen freien Trägern (5.3.2002 und 22.3.2002) sowie die Abstimmungsgespräche mit der Arbeitsverwaltung (11.2.2002 und 3.4.2002).

Des weiteren wurden Gespräche mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein bzgl. der Einordnung der städtischen Hilfen zur Arbeit in die Gesamtstruktur der kommunalen Hilfen zur Arbeit vorgenommen sowie die Frage der Einbringung der eingesparten Sozialhilfe in die Refinanzierung geklärt.

Durch den Aufbau von städtischen Hilfen zur Arbeit könnte bereits jetzt die Grundlage einer notwendigen Struktur für eine angedachte *Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe* (Umstrukturierung der Arbeitsverwaltung) geschaffen werden.

Das im folgenden vorgeschlagene Modulkonzept ist in seinen Grundzügen bereits in der Verw.-Vorlage Nr. 1744/02, AfSFS 28.2.2002 vorgestellt und diskutiert worden. Die Verwaltung wurde auf dieser Basis und den vorgeschlagenen finanziellen Rahmenbedingungen beauftragt, entsprechende Gespräche mit den möglichen freien Trägern vorzunehmen.

Zur besseren Übersichtlichkeit werden in dieser Vorlage noch einmal die wesentlichen konzeptionellen Grundlagen und die zu erwartenden monetären Auswirkungen dargestellt.

Darüber hinaus ist als Anlage ein tabellarischer Vergleich der Ausgangsangebote beigelegt.

Zielsetzungen der städtischen Hilfen zur Arbeit

Zielsetzung für die städtischen Hilfen zur Arbeit ist die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Qualifizierungsanteilen für Sozialhilfebeziehende. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten ist die Besonderheit der städtischen Hilfen zur Arbeit in Relati-

on zu den meisten weiteren kommunalen Hilfen zur Arbeit und steht somit nicht in Konkurrenz zu den diversen Qualifizierungsmaßnahmen.

Darüber hinaus lässt der städtische Ansatz der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten - neben der angestrebten Reintegration in den Arbeitsmarkt - auch ordnungspolitische „Mitnahmeeffekte“ durch das Angebot an gemeinnütziger Arbeit erwarten.

Zur Ermittlung des Potentials an geeigneten Personen in der Sozialhilfe und zum zielgenauen Einsatz der kommunalen Mittel waren im Vorfeld notwendig:

1. **Bestandsanalyse:** Welche Personenkreise haben auf Grund von Motivations- und Qualifikationsdefiziten erhebliche Schwierigkeiten wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und
2. **Angebotsanalyse:** Mit welchen Unterstützungsmaßnahmen kann der Zugang zur Beschäftigung und zu Qualifikationsmaßnahmen erfolgversprechend erreicht werden (2. Arbeitsmarkt) bzw. die Integration in den 1. Arbeitsmarkt verbessert werden.

Zielgruppen der städtischen Hilfe zur Arbeit

Die Zielausrichtung **berufliche Integration mittels Orientierung, Motivierung, Erhöhung der Qualifikation und Beschäftigung** gewinnt vor dem Hintergrund der Kostenintensität des Anteils folgender Personengruppen an der Gesamtheit der Sozialhilfebeziehenden zunehmend an Bedeutung und ist bei der Auswahl der Angebotsstrukturen vordergründig zu berücksichtigen:

A) Langzeitarbeitslose, bei denen eindeutig ein oder mehrere Vermittlungshemmnisse vorhanden sind und bei denen die Bereitschaft, aktiv und eigenverantwortlich den Lebensunterhalt durch Aufnahme von Arbeit zu bestreiten, einer weiteren Aufbereitung bedarf (Anteil am gesamten Arbeitskräftepotential bei den Leistungsberechtigten von Hilfe zum Lebensunterhalt: **54%**, Anteil am Gesamtbestand: 16,6%)

B) Alleinerziehende mit dem vorgenannten Profil und bei denen die Kinderbetreuung ein zusätzliches Vermittlungshemmnis darstellt (Anteil **12%** bzw. 3,8%)

Für diese Klientel wird für die Laufzeit die Kinderbetreuung sichergestellt. Dies geschieht entweder perspektivisch durch den Träger direkt oder durch Möglichkeiten der Sozial- bzw. Jugendverwaltung.

Auf Grund der vorangegangenen Überlegungen, der erarbeiteten Konzepte (freie Träger und Verwaltung) und den resultierenden politischen Beratungen stellt sich das nachfolgende modulare Konzept als erfolgversprechend heraus.

Ausgangspunkt dazu ist, die Zielgruppe für die städtischen Hilfen zur Arbeit in erster Linie auf Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende zu beschränken, da:

1. Diese Personengruppen **besondere Vermittlungshemmnisse** aufweisen, so dass sie i.d.R. nicht vom Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ des Kreises Siegen-Wittgenstein bzw. des entsprechenden Landesprogramms „Arbeit statt Sozialhilfe“ partizipieren können.
2. Diese Personengruppen im Bereich der Sozialhilfe für den kommunalen Haushalt **besonders kostenintensiv** sind.

Grundsätzliche Zielsetzung der städtischen Beschäftigungsförderung ist, für diese Personengruppen wieder Perspektiven auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt zu schaffen.

In jedem Fall jedoch werden für die TeilnehmerInnen wieder Ansprüche nach dem SGB III realisiert, so dass nach Abschluss der städtischen Maßnahme auch diese Personen wieder Ansprüche auf Qualifizierungsmaßnahmen des Arbeitsamtes und auch wieder Ansprüche auf Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe erwerben. Die Sicherstellung des Lebensunterhalts erfolgt also nicht weiter über die kommunal finanzierte Sozialhilfe.

Vorgeschlagen wird daher ein „2 Stufen Modell“.

Modulkonzept

Das vorgestellte Modulkonzept wurde im bisherigen politischen Diskussionsverlauf nicht in Frage gestellt. Die Verwaltung wurde beauftragt auf dieser Basis mit den Trägern entsprechende Abstimmungsgespräche zu führen.

Ergebnis der Abstimmungsgespräche mit den freien Trägern (5.3.2002 und 22.3.2002)

1. Das Modulkonzept, wie in der Vorlage vom 20.2.2002 benannt, wird von den Trägern als realisierbar eingeschätzt. Die AWO, die Recycling - Werkstatt und die NAS werden sich an diesem Konzept beteiligen. Die TÜV-Akademie sieht sich jedoch - in Abgrenzung zur NAS - eher prädestiniert das Modul 1 mit seinen Profilinginhalten zu übernehmen. Sollte die NAS dieses Modul übernehmen, steht die TÜV-Akademie auch nicht für Leistungen aus Modul 2 zur Verfügung (vgl. Anlage).
2. Die finanziellen Zielvorgaben der Vorlage werden von den Trägern ebenfalls als knapp realisierbar eingeschätzt, unter der Voraussetzung, das mögliche Erlöse durch die Beschäftigungsverhältnisse zur Refinanzierung bei den Trägern verbleiben.
3. Die vorgeschlagenen Quotierungen für Modul 2 werden als konsensfähig erachtet, wobei die Quotierungen der TÜV-Akademie, sollte diese sich nicht an Modul 2 beteiligen, aufgeteilt werden sollen.
4. Von allen Trägern wird die genaue Schnittstellendefinition - Zugang zu Modul 1 durch die Sozialverwaltung und Zugang zu Modul 2 durch den Träger, der Modul 1 abwickelt - als wesentlich erachtet. Entsprechende Konzepte wurden diskutiert und abgestimmt.
5. Im Grundsatz wird das Modulkonzept und seine Teilnehmeranzahl als Einstieg in die städtischen Hilfe zur Arbeit gewertet, der im weiteren Verlauf durchaus ausbaufähig ist.

Modul 1: Gemeinnützige und zusätzliche Arbeit

Die gemeinnützige und zusätzliche Arbeit bildet die Grundlage für das Modul 1. Verknüpft wird dieser Ansatz mit einer intensiven berufsbezogenen Eingangsberatung und der Erstellung eines individuellen Gesamtplans gem. § 19 BSHG.

Zielsetzung des individuellen Gesamtplans ist die Ausarbeitung einer Förderstrategie, unter Berücksichtigung der Kompetenzen und Defizite des jeweiligen Teilnehmers/der jeweiligen Teilnehmerin, mit der finalen Zielsetzung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Für dieses so erweiterte Modul 1 sind entsprechende Kapazitäten im Bereich der Beratung, Unterstützung und Anleitung aber auch anteilhafte Sekretariats- bzw. Verwaltungskontingente notwendig. Um die erforderlichen Kompetenzen und Kontingente nicht mehrfach zu installieren (und damit auch die Kosten entsprechend zu vermehren), ist es sinnvoll, alle Leistungen des Modul 1 von einer zentralen Stelle erbringen zu lassen.

Auf Grundlage der vorliegenden Konzepte und der Erfahrungen in diesem Bereich stellt hierfür die kommunale Beschäftigungsgesellschaft „*Neue Arbeit Siegerland*“ den idealen Partner für die Stadt Siegen dar. Bei der „*Neuen Arbeit Siegerland*“ bestehen bereits Kapazitäten in diesem Bereich, die ausbaufähig sind.

Darüber hinaus bietet die „*Neue Arbeit Siegerland*“ ein breites Spektrum an Einsatzbereichen für eine mögliche berufliche Erstqualifizierung an (vgl. Anlage).

Zugang zu Modul 1

Der Zugang zu Modul 1 erfolgt über die städtische Sozialverwaltung in enger Abstimmung mit dem Träger, der die Leistungen des Modul 1 anbietet.

Ausgehend von den fachlichen Einschätzungen der Sozialverwaltung über die Erst- und Auswegsberatung wird ein strukturierter Fragebogen zur Hilfeplanung erarbeitet. Dieser Erhebungsbogen bildet die Grundlage für die individuelle Hilfeplanung (vgl. Anlage). Er beinhaltet:

- Angaben zur Person,
- zu möglichen Vermittlungshemmnissen,
- zu notwendigen Vorqualifizierungen,
- zur schulischen Biographie,
- zur beruflichen Biographie (Ausbildungen, Tätigkeiten usw.),
- zu weiteren Kenntnissen und Fertigkeiten,
- zu beruflichen Wünschen und
- eine Selbsteinschätzung über die individuellen Stärken und Schwächen.

Leistungen und zeitliche Abfolge von Modul 1

Die Laufzeit des Modul 1 beträgt 13 Wochen. Die Leistungen und die zeitliche Abfolge stellt sich wie folgt dar (gem. Konzept der NAS, 22.3.2002, vgl. Anlage):

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen: